

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet www.der-paritaetische.de

Hartz IV: Scharfe Kritik an Regelsatzanpassung

Als viel zu niedrig kritisiert der Paritätische die Regelsatzanpassung in Hartz IV um acht Euro. Die Anpassung beruhe auf einer willkürlich kleingerechneten Datenbasis. Die Bundesregierung begehe damit mutwillig einen erneuten Verfassungsbruch, klagt der Verband. Nach Berechnungen des Paritätischen müsste ein verfassungskonformer Regelsatz mindestens 420 Euro plus einmalige Leistungen betragen. Seit Jahren rechne die Bundesregierung den Regelsatzbedarf in Hartz IV trickreich und willkürlich klein. Es sei ein Skandal, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts derart mutwillig ignoriere und lieber eine erneute Rüge riskiere, anstatt die Leistungen endlich bedarfsgerecht anzupassen, kritisiert Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil vom 9. Februar 2010 die damaligen Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber aufgefordert, die Leistungen in einem sachgerechten Verfahren neu zu ermitteln.

www.der-paritaetische.de

Armutsgefährdung in Deutschland gestiegen

Die Armutsgefährdung der Menschen lag im Jahr 2011 in den meisten Bundesländern über dem Niveau des Jahres 2010. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hatten Bremen mit 22,3 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 22,2 % bundesweit die höchsten Armutsgefährdungsquoten. In Mecklenburg-Vorpommern ging die Armutsgefährdungsquote um 0,2 %-Punkte auf 22,2 % leicht zurück. Daneben konnte nur Thüringen einen Rückgang der Quote gegenüber dem Vorjahr erreichen (– 0,9 %-Punkte auf 16,7 %). Beide Länder haben damit den kontinuierlichen Rückgang der letzten

Jahre fortgesetzt und erreichten im Jahr 2011 jeweils den bisher niedrigsten Wert der Armutsgefährdung. Demgegenüber gab es in Berlin (21,1 %) und in Nordrhein-Westfalen (16,6 %) durch beständige Anstiege der Armutsgefährdung seit dem Jahr 2006 jeweils einen neuen Höchststand. Berlin wies im Jahr 2011 zudem die höchste Veränderungsrate von + 1,9 %-Punkten gegenüber dem Vorjahr aus. Auch im Ost-West-Vergleich gibt es weiterhin deutliche Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten. Hatten im Jahr 2011 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 14,0 % der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko, waren in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) 19,5 % der Menschen armutsgefährdet. Diese Ergebnisse gehen aus aktuellen Berechnungen auf Basis des Mikrozensus für das Jahr 2011 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts »Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik« durchgeführt wurden. Gemäß der Definition der Europäischen Union gelten Menschen als armutsgefährdet, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung auskommen müssen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2011 galten im Jahr 2011 Einpersonen-Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 848 Euro als armutsgefährdet. Die Grundlage der hier veröffentlichten Armutsgefährdung ist die Armutsgefährdungsschwelle auf Bundesebene (Bundesmedian), die für Bund und Länder einheitlich ist und somit einen regionalen Vergleich ermöglicht. Diese und weitere Armuts- und Sozialindikatoren, zum Teil in regionaler Gliederung, sowie detaillierte methodische Erläuterungen zu den Datenquellen und den angewandten Berechnungsverfahren stehen im Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. Dort finden sich auch Armutsgefährdungsquoten, die auf Basis regional unterschiedlicher Armuts-

gefährdungsschwellen ermittelt wurden. Das Informationsangebot wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt. www.destatis.de

Paritätischer warnt vor wachsender Gesundheitskluft

Vor einer wachsenden Gesundheitskluft in Deutschland warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband. In einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Bahr verlangt der Verband, ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen, um für alle Menschen gleiche Chancen auf ein möglichst gesundes und möglichst langes Leben schaffen. Die Lebenserwartung dürfe in Deutschland nicht länger vom Geldbeutel abhängen. Ein entsprechendes Gesetz zur Gesundheitsförderung müsse alle relevanten Akteure in die Pflicht nehmen, Qualitätsstandards sichern und eine verlässliche Finanzierung garantieren. Die gesundheitliche Chancenungleichheit in Deutschland sei skandalös. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung stürben im Durchschnitt zehn Jahre früher als die reichsten 20 Prozent. Bei ihnen brächen chronische Erkrankungen früher aus und verliefen deutlich schwerwiegender, kritisiert Verbandsvorsitzender Prof. Dr. Rolf Rosenbrock. Der Verband fordert die Einführung eines eigenen Bundesgesetzes für nicht-medizinische Prävention und Gesundheitsförderung, um bereits erprobte Ansätze zu verstetigen und flächendeckend umzusetzen.

www.der-paritaetische.de

Rosenbrock erhält Salomon-Neumann-Medaille

Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Foto) ist mit der Salomon-Neumann-Medaille ausgezeichnet worden. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention ehrt mit dieser Medaille herausragende Leistungen in

der Sozialmedizin. Ausgezeichnet wurde Rosenbrock in Würdigung seiner Verdienste um die Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland und für sein Engagement gegen soziale Ungleichheit. Bisherige Preisträger waren unter anderem Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner (1997) und Prof. Dr. Ilona Kickbusch (2000).
www.der-paritaetische.de



Jobcenter: Respekt Fehlanzeige

Von Dezember 2011 bis Juni 2012 wurde im Auftrag des Diakonischen Werkes Hamburg eine qualitative Untersuchung über Erfahrungen von Leistungsberechtigten in Jobcentern in Hamburg durchgeführt. Die Untersuchung wurde initiiert, weil in den diakonischen Beratungsstellen und Einrichtungen immer wieder festgestellt wird, dass die Betroffenen in den Jobcentern nicht immer umfassend und verständlich über ihre Rechte informiert werden und dass sie sich oft wie Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen. Gabi Brasch, Vorstand des Diakonischen Werkes Hamburg, fasst die Ergebnisse der Untersuchung zusammen: »Die Menschen vermissen den Respekt vor ihrer Person und ihrer Lebenssituation. Sie erfahren ein hohes Maß an Bevormundung und beklagen fehlende bedarfsgerechte Hilfe und Unterstützung. Viele fühlen sich behandelt wie Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse.« Die große Mehrzahl der Leistungsberechtigten wünscht sich nichts anderes als die rationale, nachvollziehbare Prüfung und Gewährung von Rechtsansprüchen sowie Unterstützung beim (Wieder-) Einstieg in Erwerbsarbeit. Sie treffen aber auf eine Verwaltungspraxis, die diesen Erwartungen nicht entspricht. Die Ursachen dafür liegen in einem Bündel verschiedener Aspekte: Controlling-Vorgaben, standardisierten Handlungsempfehlun-

gen, politischen Zielvorgaben, gesellschaftlichen Stimmungen gegenüber Erwerbslosen spielen genauso eine Rolle wie unterschiedliche behördliche Traditionen und berufliche Rollenverständnisse. Die Studie steht auf der Website des Diakonischen Werkes Hamburg zum Herunterladen bereit.
www.diakonie-hamburg.de/vcardpublikationen/info.html?entry=kd.1126000842

Mehr männliche Lehrkräfte keine Hilfe für Jungen

Die Überzahl weiblicher Lehrkräfte an Grundschulen wird oft als Ursache für die schwächeren Schulleistungen von Jungen genannt. Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat in zwei international angelegten Schulleistungsuntersuchungen nach empirischen Belegen für diese Behauptung gesucht. Seine Analyse der Daten von knapp 150.000 Schülerinnen und Schülern aus 21 EU- und OECD-Ländern zeigt: Weder beim Lesen noch beim Rechnen hilft es Jungen, männliche Lehrer zu haben. Umgekehrt profitieren auch Mädchen nur in einzelnen Fällen von Lehrerinnen – und auch das nur beim Lesenlernen. Die schulische »boys' crisis« lässt sich also nicht durch eine höhere Zahl männlicher Lehrkräfte überwinden.

www.wzb.eu



Freiheitsbeschränkende Maßnahmen müssen überprüft werden

Vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention müssen die rechtlichen Grundlagen freiheitsbe-

schränkender Maßnahmen angepasst werden. Die Anwendung dieser Maßnahmen ist auf ein Minimum zu reduzieren. Der Paritätische fordert daher sämtliche Personen und Institutionen, die sich mit diesem Thema befassen, auf, sich konsequent und nachdrücklich für deren Abbau einzusetzen. Insbesondere wird die Verringerung geschlossener Einrichtungen gefordert. Für Ausnahmen, in denen nach Abwägen von Alternativen eine Zwangsmaßnahme erforderlich und angemessen ist, verlangt der Paritätische wohnortnahe Angebote. In einer 20-seitigen Broschüre stellt der Wohlfahrtsverband seiner Position zu diesem Thema dar. Die Veröffentlichung ist von der Website des Verbandes kostenfrei herunterladbar.
www.paritaet.org

Psychiatrie: Diakonie warnt vor zu schneller Entlassung

Die Diakonie hat davor gewarnt, psychiatrische Patienten aus der stationären Behandlung zu entlassen, ohne dass eine ausreichende ambulante Nachsorge garantiert sei. In der Psychiatrie müsse besonders darauf geachtet werden, dass Patienten ihrem individuellen Bedarf entsprechend behandelt werden, sagte Maria Loheide, sozialpolitischer Vorstand des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Diakonie erteile einer Entgeltreform für psychiatrische Kliniken, die dies nicht berücksichtige und die schwer kranken Menschen möglichst früh entlasse, eine Absage. Anlass für die Warnung der Diakonie sind Berechnungsvorschläge für die Vergütung in psychiatrischen Krankenhäusern, die den Krankenkassen und Krankenhäusern zur Prüfung vorgestellt wurden.
www.diakonie.de

Wer Einheimische kennt, findet leichter einen Job

Über 50 Prozent der Einwanderer finden über persönliche Netzwerke in Deutschland einen Job. Viele dieser Beschäftigungen sind aber schlecht bezahlt und weniger qualifiziert. Bram Lancee vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ging der Frage nach, welche Rolle das Sozialkapital für Einwanderer bei der Arbeitsplatzsuche, dem Einkommen und dem

beruflichen Status spielt. Er untersucht am Beispiel von Deutschland und den Niederlanden das Prinzip des »bonding and bridging«. Sind für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt eher die sozialen Bindungen innerhalb der Familie und der ethnischen Gruppe entscheidend (»bonding«) oder die Netzwerke nach außen (»bridging«)? Fazit: Nur durch Beziehungen und Netzwerke über die eigene Migrantengruppe hinaus gelingt es Einwanderern, erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Mit einer Einschränkung: Für Frauen sind soziale Bindungen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt weniger entscheidend.

www.wzb.eu

Hilfen in der Muttersprache gefordert

Für mehr als 15,7 Millionen Menschen in Deutschland ist Deutsch nicht die Muttersprache. Dies stellt das Gesundheitssystem zunehmend vor neue Herausforderungen. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde beklagt in einem Positionspapier, dass Migranten immer noch keinen gleichberechtigten Zugang zum Sozial- und Gesundheitswesen haben. Besonders fehlende Informationen über Hilfsangebote, aber auch kulturelle und sprachliche Barrieren, führen nach Angaben der Organisation zu Unter- und Fehlversorgungen und damit zu höheren Kosten in Therapie und Pflege und vor allem zu mehr Leid bei den Betroffenen. Das neunseitige Positionspapier ist auf der Website der Organisation kostenlos abrufbar.

www.dgppn.de

SOS Kinderdorf unter neuer Leitung

Neue Geschäftsführerin für Pädagogik und Personal des SOS-Kinderdorf e. V. in München ist Dr. Birgit Lambertz. Zuvor war sie viele Jahre in Leitungsfunktionen im heilpädagogischen Kinderdorf der Stiftung »Die Gute Hand« und zuletzt als Direktorin der Jugendhilfe Rheinland im Landschaftsverband Rheinland in Köln tätig. In ihren bisherigen Arbeitsbereichen setzte die psychologische Psychotherapeutin und Supervisorin ein differenziertes Spektrum an stationären und ambulanten Hilfen um, das von niederschweligen

Angeboten für junge Familien bis zur Arbeit mit psychisch belasteten Jugendlichen reichte. Der SOS-Kinderdorf e. V. hat in Deutschland ein vielfältiges Angebot ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für junge Menschen. Er ist Träger von 43 Einrichtungen wie Kinderdörfern, Mütterzentren und Mehrgenerationenhäusern, Beratungsstellen, Berufsausbildungszentren sowie Dorfgemeinschaften für Menschen mit Behinderungen.

www.sos-kinderdorf.de

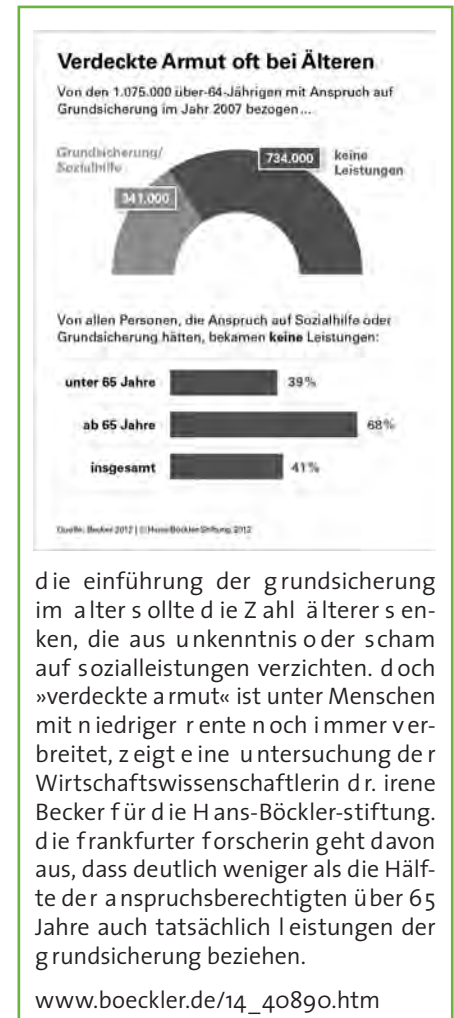
Eignungskriterien für die Berufsbetreuung

Der Betreuungsgerichtstag, der Bundesverband freier Berufsbetreuer, die Bundeskonferenz der Betreuungsvereine und der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen haben sich auf einen gemeinsamen Forderungskatalog zu Eignungskriterien für beruflich tätige Betreuer und Betreuerinnen geeinigt. Ausgehend von der Überlegung, dass alle Betreuten Anspruch auf eine qualifizierte, bedarfsentsprechende Betreuung haben, wurde der allgemeine Begriff der »Eignung«, wie er im Gesetz steht, aus Sicht der vier Verbände konkretisiert. Zentrale Punkte sind dabei Ausbildung und Qualifikation, wobei ein Hochschulstudium mit einer ergänzenden modularisierten Qualifikation wünschenswert ist. Ein weiterer wichtiger Bereich sind Infrastrukturanforderungen an Betreuungsbüros. Die gemeinsame Erklärung kann im Internet nachgelesen werden.

www.bdb-ev.de

Ratgeber für die Beratung von Frauen

Die Broschüre »Gut beraten« sammelt Informationen für die Beratung von Frauen und Mädchen mit Behinderung. Der von der Interessenvertretung »Weibernetz« herausgegebene Ratgeber wendet sich vorwiegend an Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe und Frauenhäuser. »Weil behinderte Frauen und Mädchen noch häufiger von Gewalt betroffen sind und verstärkt Rat und Schutz bei Frauenhilfeorganisationen suchen«, so die Herausgeber, »wollen wir diesen Stellen helfen, mehr Licht in den Dschungel der Rechte behinderter Frauen zu bringen.« Weibernetz



e. V. ist eine bundesweite Organisation von Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen sowie der Landesnetzwerke und Koordinierungsstellen behinderter Frauen. Die Broschüre steht im Internet kostenlos zur Verfügung.

www.weibernetz.de

Leitlinie für bipolare Störungen erschienen

Die neue Leitlinie zur Diagnose und Behandlung sogenannter »bipolarer« Störungen, also manisch-depressiver Erkrankungen, liegt vor. Psychiater, Psychotherapeuten, Fachgesellschaften sowie Patienten- und Angehörigenvertreter haben fünf Jahre an dem Dokument gearbeitet. Die Darstellung beruht auf dem Konsens aller Beteiligten und berücksichtigt die wissenschaftlich belegten Effekte der unterschiedlichen Mittel der Versorgung. Neben den Beschreibungen zu Diagnose- und Auswertungsverfahren sowie den Empfehlungen zur medikamentösen wie psychotherapeutischen Behandlung stehen

unterschiedliche Elemente der Selbsthilfe für die Betroffenen im Mittelpunkt der neuen Leitlinie. Die Leitlinie empfiehlt den flächendeckenden Aufbau von Selbsthilfegruppen ebenso wie die Selbstbeobachtung der Betroffenen, zum Beispiel mit Hilfe eines elektronischen Stimmungskalenders. Zudem empfehlen die Autoren die Gründung von Spezialambulanzen, um Diagnostik und Therapie von besonders schwer betroffenen Patienten zu verbessern. Eine eigene Website im Internet informiert über die neue Leitlinie.

www.leitlinie-bipolar.de

Demenz: »Ich bin noch immer derselbe Mensch«

Eine Initiative europäischer Stiftungen hat Empfehlungen für die Kommunikation über das Thema Demenz veröffentlicht. Die Broschüre »Ich bin noch immer derselbe Mensch« ruft zu einer neuen Art der Kommunikation über Demenz auf. Dazu werden neue Perspektiven präsentiert und eine Änderung der Haltungen gegenüber der Erkrankung vorgeschlagen. Die Broschüre gibt Tipps für alle Organisationen und Einrichtungen, die mit dementen Menschen zu tun haben. Auch die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit hat neues Material zu diesem Thema erarbeitet. Der Flyer »Sie gehören dazu! Mit Demenz Gemeinde leben« enthält Anregungen, was Gemeinden konkret tun können, um das Miteinander von Menschen mit und ohne Demenz aktiv zu gestalten und als Gemeinde Solidarität und Mitverantwortung zu entwickeln.

www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/37160.asp
www.ekd.de/eafta/materialien/reihen/20976.html



Termine

Ressourcenorientiertes Selbstmanagement für Führungskräfte. 11. und 12. Dezember 2012 in München. Institut für Beratung und Projektentwicklung, info@ibpro.de, www.ibpro.de

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. Ein Seminar für Praktiker/-innen aus der Sozialen Arbeit. 8. bis 11. Januar 2013 in Herzogenrath. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, akademie@caritas.de, www.fak.caritas.de

Bindungsorientierung in der Sozialen Arbeit. 11. und 12. Januar 2013 in Aachen. Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen, info.aachen@katho-nrw.de, www.katho-nrw.de/aachen

Wertschätzende Kommunikation. Kommunikationstraining für Führungskräfte nach dem Modell von Marshall B. Rosenberg. 21. bis 23. Januar 2013 in Mainz. Katholische Fachhochschule Mainz. www.kfh-mainz.de

Persönliches Budget: Umsetzung in die Praxis vom Antrag bis zur Zahlung – was Leistungsträger wissen sollten. 18. bis 20. Februar 2012 in Berlin. Teilnahmegebühr 335,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, E-Mail info@kbw.de, www.kbw.de

Systematische Einführung in das Betreuungsgesetz unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsänderungen. 20. bis 22. Februar 2013 in Berlin. Kommunales Bildungswerk e. V., info@kbw.de, www.kbw.de

18. Kongress Armut und Gesundheit: Brücken bauen zwischen Handeln und Wissen. Strategien der Gesundheitsförderung. 6. und 7. März 2013 in Berlin. Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. mit Kooperationspartnern, info@gesundheitsliche-chancengleichheit.de, www.gesundheitberlin.de

Grundkurs Lösungsorientierte Gesprächsführung. 8. und 9. März 2013 in Münster. Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen – Weiterbildung, weiterbildung@fh-muenster.de, www.fh-muenster.de/fb10/weiterbildung.php

Politik und Praxis der integrierten, sozialräumlichen Erziehungshilfen. 11. bis 13. März 2013 in Erfurt. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGFH e. V., igfh@igfh.de, www.igfh.de

Workstätten:Messe 2013. 14. bis 17. März 2013 in Nürnberg. Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. Sonnenmannstraße 5, 60314 Frankfurt am Main, www.bagwfbm.de

Wahrnehmen, Analysieren, Intervenieren. Zugänge zu sozialen Wirklichkeiten. 26. und 27. April 2013 in Frankfurt am Main. Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., dgsa@dgsainfo.de, www.dgsainfo.de

Beschäftigung innovativ gestalten. Wertschöpfung – Wertschätzung – Wettbewerb. 8. Kongress der Sozialwirtschaft. 12. bis 14. Juni 2013 in Magdeburg, www.sozkon.de

5. Fachtagung Klinische Sozialarbeit 2013: Mit Zielen arbeiten trotz widriger Umstände. 13. und 14. Juni 2013 in Olten (Schweiz). Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, guenther.wuesten@fhnw.ch, www.fhnw.ch/sozialarbeit

Was kommt nach der stationären Erziehungshilfe? Gelungene Unterstützungsmodelle für »Care Leaver«. 20. und 21. Juni 2013 in Hildesheim. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGFH e. V., igfh@igfh.de, www.igfh.de

Burnout-Prävention für Praktiker/-innen aus Beratung, Therapie und Sozialarbeit. Perspektiven zur Selbstfürsorge und Selbstachtsamkeit. 1. bis 4. Juli 2013 in Herzogenrath. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, akademie@caritas.de, www.fak.caritas.de

Vorschau: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, info@deutscher-verein.de, www.deutscher-verein.de